



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

am 7. Oktober 2023 wurde die Welt durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel Zeuge des größten Massenmordes jüdischen Lebens seit der Shoa und unvorstellbarer, grausamer Verbrechen. Ein Jahr später trauern wir noch immer über mehr als tausend Menschen, die am 7. Oktober 2023 brutal ermordet wurden. Wir bangen noch immer um das Leben von mehr als hundert Menschen, die sich als Geiseln in den Händen von Terroristen befinden. Und wir beobachten mit großer Sorge, wie der Terrorangriff der Hamas zu einem Flächenbrand einer ganzen Region und zu unermesslichem Leid für unzählige Zivilistinnen und Zivilisten geführt hat. Auch nach einem Jahr gilt weiterhin: Die Geiseln müssen freigelassen werden. Das Blutvergießen muss ein Ende haben. Nordrhein-Westfalen steht weiter an der Seite von Israel.

Der Krieg im Nahen Osten hat auch Folgen für uns in Nordrhein-Westfalen: Menschen jüdischen Glaubens sind fast 80 Jahre nach dem Holocaust wieder Zielscheibe von unversöhnlichem Hass. Eine aktuelle Studie zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, die die Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Auftrag gegeben hat, ist alarmierend: Fast ein Viertel der Befragten hat in unterschiedlicher Form antisemitische Einstellungen. Fast die Hälfte der Befragten will einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Holocausts machen. Dieser Befund tut weh, er fordert uns, er ist inakzeptabel.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist klar: Wir stehen unverrückbar an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserem Land. Jüdisches Leben muss offen und ohne Einschränkungen stattfinden können. Eltern müssen ihre Kinder ohne Sorge in Kindergärten und in die Schule schicken können. Familien müssen Synagogen ohne Angst besuchen können – ganz besonders in diesen für das Judentum so wichtigen Tagen, an denen Neujahrsfest und Versöhnungstag gefeiert werden. Es ist gleichermaßen unsere Pflicht und unsere Überzeugung, dass sich Staat und Gesellschaft Antisemitismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegenstellen.

Darüber hinaus standen auch in dieser Plenarwoche wieder wichtige Themen auf der Tagesordnung, über die ich Sie gerne kurz & knapp informieren möchte:

- **Stärkung der Terrorismusbekämpfung und Verbesserungen in der Migrationspolitik: Umsetzung des Maßnahmenpakets zu Sicherheit, Migration, Prävention**
- **Maue Konjunkturaussichten – Wirtschaft steckt in der Krise fest**
- **Landarztquote ist ein Erfolgsprojekt mit Vorbildcharakter**

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, Informationen brauchen oder Anregungen geben möchten, freue ich mich auf eine Mitteilung von Ihnen.

Herzliche Grüße

Stärkung der Terrorismusbekämpfung und Verbesserungen in der Migrationspolitik

Umsetzung des Maßnahmenpakets zu Sicherheit, Migration, Prävention

Der Umgang mit den Themen Migration und Sicherheit ist zentral für das Grundvertrauen der Menschen in unseren demokratischen Staat und seine Handlungsfähigkeit. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 10. September 2024 das umfangreichste Maßnahmenpaket im Bereich Sicherheit, Migration und Prävention in der Geschichte von NRW beschlossen und geht jetzt unmittelbar in die Umsetzung des Pakets. Damit beweisen wir politische Handlungsfähigkeit – schnell, die politischen Lager übergreifend, mit Konsequenz und Besonnenheit.



Mit zwei umfassenden Initiativen adressierte die CDU-geführte Landesregierung in der ersten Sitzung des Bundesrates nach dem Terrorakt von Solingen die Bereiche, in denen Änderungen im Bundesrecht oder im europäischen Recht notwendig sind. Mit den Bundesratsinitiativen sollen einerseits die Sicherheitsbehörden im Land bei der Terrorismusbekämpfung gestärkt und andererseits die Migrationspolitik verbessert werden.

Dabei werden auch schwierige Themen adressiert wie die Speicherung von Verkehrsdaten und die Beschleunigung von Asylverfahren für Herkunftsstaaten mit einer Anerkennungsquote unter fünf Prozent. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine deutliche Verbesserung der Verfahren für Dublin-Überstellungen einzusetzen.

Die beiden Bundesratsinitiativen können Sie hier nachlesen:

1. [Entschließung des Bundesrates: „Änderungen im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung zur Stärkung der Terrorismusbekämpfung“](#)
2. [Entschließung des Bundesrates: Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen](#)

Maue Konjunkturaussicht

Wirtschaft steckt in der Krise fest

In der Herbstprognose haben führende Wirtschaftsforschungsinstitute die Konjunkturaussichten für Deutschland abermals reduziert. Für das laufende Jahr wird mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts auf -0,1% (Frühjahrsprognose: +0,1%) gerechnet. Vor allem die schwierige Lage der Industrie ist dafür mitverantwortlich. Ausweislich der OECD-Daten ist Deutschland im Vergleich der Industrieländer weiterhin Schlusslicht. Die maue Konjunkturaussichten verheißen auch mit Blick auf die Herbst-Steuerschätzung nichts Gutes. NRW muss weiter mit weniger Steuereinnahmen rechnen. Eine Haushaltsführung, die von Konsolidierung und Priorisierung geprägt ist, bleibt erforderlich. Deswegen sehen sowohl der Etatentwurf für 2025 in Form einer Kreditermächtigung als auch der Nachtragshaushalt 2024 erstmalig die Nutzung der Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse vor.

Die genaue Höhe der Konjunkturkomponente wird anhand einer wissenschaftlich basierten Konjunkturbereinigung ermittelt und laufend überprüft. Nach aktuellen Berechnungen beläuft sie sich derzeit auf 1,34 Milliarden Euro.

In NRW hält sich die Wirtschaft dabei stabil – und somit besser als im Bund. Während im ersten Halbjahr 2024 die Wirtschaftsleistung im Bund um 0,2% gesunken ist, ist sie in Nordrhein-Westfalen um 0,1% gestiegen (Vergleiche:



Bayern -0,6% und Baden-Württemberg -1,3%). Gleichwohl belasten die mauen Konjunkturaussichten die Wirtschaft in unserem Land. Wir arbeiten daher mit Hochdruck daran, die Standortbedingungen zu verbessern: Wir modernisieren Planungs- und Genehmigungsverfahren, wir entbürokratisieren, wir sichern Fachkräfte und unterstützen die industrielle Transformation mit finanziellen Anreizen sowie mit einem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

Der Bund ist in der Pflicht, seinerseits die richtigen Weichen zu stellen. Es braucht zielgerichtete und wirksame Investitionsanreize statt bürokratischer Förderprogramme, es braucht ambitionierte Entfesselungsinitiativen, eine Unternehmenssteuerreform und sinkende Energiepreise. Vor allem braucht es aber Verlässlichkeit, damit die Wirtschaft Vertrauen in die Bundesregierung zurückgewinnt – es fehlt nur der Glaube, dass dies mit dieser Ampel-Regierung noch gelingt.

Landarztquote ist ein Erfolgsprojekt mit Vorbildcharakter

Fünf Jahre nach dem Start der Landarztquote steht fest: Diese Quote ist sehr gefragt und nicht mehr wegzudenken. In allen elf Auswahlverfahren, die wir bisher durchgeführt haben, überstieg die Zahl der Bewerbungen die der verfügbaren Studienplätze. Insgesamt haben sich 4.825 Personen auf 1.043 zur Verfügung stehende Medizinstudienplätze im Rahmen der Landarztquote beworben. Die ersten Studierenden werden nun im Wintersemester 2025/2026 ihr Studium abschließen und dann im Zuge ihrer Facharztweiterbildung in die hausärztliche Versorgung einsteigen.

Die hohen Bewerbungszahlen zeigen, dass es viele junge Menschen gibt, die später einmal als Hausärztin oder Hausarzt auf dem Land arbeiten wollen. Ihnen bieten wir mit der Landarztquote eine extra Chance für einen Medizinstudienplatz an, für den sie nicht unbedingt ein Spitzenabitur, aber die Motivation sowie eine besondere Eignung mitbringen müssen, sich für die Gesundheit von Menschen in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Regionen einzusetzen. Denn wir werden sie zukünftig dringend brauchen. Mehr als die Hälfte der 11.000 Hausärztinnen und -ärzte in NRW ist über 55 Jahre alt. Verstärkt durch die demografische Entwicklung der Gesellschaft gibt es also einen erheblichen Nachbesetzungsbedarf – gerade bei uns auf dem Land.

Neben dem Hausarztaktionsprogramm, der Gründung der neuen Medizinischen Fakultät OWL an der Universität Bielefeld sowie der Verdopplung von Medizinstudienplätzen an der Universität Witten-Herdecke ist die Landarztquote ein weiterer wichtiger Baustein, um eine möglichst wohnortnahe hausärztliche Versorgung auch in Zukunft zu erhalten. Es freut mich sehr, dass die Landarztquote Schule gemacht hat und auch andere Länder sie nach nordrhein-westfälischem Vorbild eingeführt haben.



**BRING
THEM
HOME
NOW.**

